

# Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 117 – Juni 2016

Verlagspostamt 9020  
p.b.b. 02Z030436 M

## „Flüchtlings“-Tauschhandel

Geradeso wie sie Geld von einer Bank und von einer Briefkastenfirma zur anderen und wieder zurückverschieben, so lange, bis die große Mehrheit vollkommen den Überblick verloren und einer alles eingestreift und in Sicherheit gebracht hat, treiben sie dieses Verschiebespiel auch mit Menschen.

So sollen alle „illegal eingereisten Syrer“ in die Türkei gebracht werden (nachdem im großen „Flüchtlingsstrom“ ja keiner kontrolliert worden ist, weiß wohl auch niemand, wer ein „illegal eingereister Syrer“ ist). Im Gegenzug werden gleich viel Syrer mittels Flugzeug in die EU zurückgebracht. „Auf diese Art und Weise ließen sich eine Million ‚Flüchtlinge‘ auf legale Art leicht EU-weit aufteilen, selbst wenn sich nicht alle Staaten am ‚fairen Aufteilungsschlüssel‘ beteiligen würden“ (so der STANDARD im Jänner 2016). Für diesen, zunächst auf 5 Jahre ausgelegten, „Flüchtlingskooperation“ genannten, Tauschhandel will die Türkei 15 Milliarden Euro von der EU haben. Menschenhandel ist ein gutes Geschäft - Die „illegalen Syrer“ werden in der Türkei Asylantrag stellen und danach als „legale Syrer“ mit dem Flieger wieder in die EU einfliegen.

## ABZOKKE

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 befanden sich insgesamt 5.031 Personen in Kärnten in Grundversorgung, darunter 98 Asylberechtigte, 4.276 Asylwerber, 91 subsidiär Schutzberechtigte sowie 566 sonstige Fremde. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen beträgt 3 zu 1, in Zahlen 2.645 zu 902. Minderjährig waren 1.484.

SPÖ, ÖVP und Grüne haben im Dezember 2015 eine Erhöhung der Tagsätze für Flüchtlinge beschlossen. Erwachsene Asylwerber bekommen statt 19 Euro 21 Euro täglich für die Grundversorgung. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden statt 77 Euro rückwirkend 95 Euro täglich abgegolten.

## Unzufriedene Asylbewerber

Zwölf Afghanen mit ihren Kindern blockierten die Drautalstraße, weil sie mit der Unterbringung unzufrieden sind und das Geld für die Versorgung selbst erhalten wollen.

## ZITAT

Michael Klonovsky: „Derweil sie ‚Gesicht zeigen gegen Rechts‘, senken sie furchtsam den Blick, wenn Ali und Achmed dräuen; derweil sie bekämpfen, was sich nicht wehren kann – tote Nazis, Kriegsgeneration, Katholische Kirche, Burschenschaften -, geht ihnen in der U-Bahn, der Diskothek und auf dem abendlichen Heimweg die Muffe vor Mustafa und Hassan.“

## NEGATIVREKORD

Das ohnehin gebeutelte Bildungssystem hat durch die völlig fehlgeleitete Zuwanderungspolitik von SPÖ und ÖVP mit nahezu unbewältigbaren Herausforderungen zu kämpfen.

Der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in öffentlichen Volksschulen hat im heurigen Schuljahr in der Steiermark einen neuerlichen Rekordwert erreicht. Für 7.888 Kinder, das sind 19 Prozent aller Volksschüler in der Steiermark, ist Deutsch nicht die Muttersprache, sondern eine Fremd- bzw. Zweitsprache. Verglichen mit dem Vorjahr verzeichnet die Grüne Mark damit eine Steigerung von zwölf Prozent. In Knittelfeld beträgt der Anteil von fremdsprachigen Volksschülern 51, in der Landeshauptstadt Graz und der Gemeinde Neudau jeweils 49 Prozent.

## AUFGEWACHT

Sieben Jahrzehnte lang hat es in Österreich eine derart klare politische Willenskundgebung wie beim ersten Durchgang der Bundespräsidentenwahl nicht gegeben.

Mit aufgeblähtem Machtapparat hat das herrschende System das Volk jahrzehntelang klein und dumm gehalten. Fast monarchistisch wurden politische Ämter an artige Partesoldaten verteilt, die sich gegenseitig lobten und deren größte Anstrengung es war, sich weit überhöhte und völlig ungerechtfertigte, dem Volk abgepreßte, Gehälter zuzuschieben.

**Lange genug hat es gedauert, bis der Souverän ein donnerndes „HALT“ gesprochen hat.**

Und da stehen sie jetzt, die großen Volksvertreter, blinzeln ungläubig ins Scheinwerferlicht und stammeln gebetsmühlenartig Schuldzuweisungen. Sie glauben immer noch an ihre auserwählte Einzigartigkeit.

Die GRÜNEN zum Beispiel waren sich so sicher, daß ihr „unabhängiger Kandidat“ Alexander Van der Bellen die Wahl zum Bundespräsidenten gewinnen wird, daß sie für die Wahlparty – ganz imperial, ganz präsidial - das Palais Schönburg angemietet haben. Gewonnen hat er dann nicht, aber „Daß er in die Stichwahl gekommen ist, ist hervorragend“ meinte sein Wahlkampfchef Lothar Lockl und „Wäre Griss in der Stichwahl, wir hätten sie unterstützt“ weil „Alle Kandidaten verdienen Respekt“ (nur der freiheitliche Kandidat nicht, zu ihm äußerte sich der grüne Köchl folgendermaßen: „die Wähler haben die Kotztüte mit 35 Prozent gefüllt“). Im Barockpalais feierte dann mit den deklarierten Grünen auch viel Prominenz, der es wichtig ist, sich für den Professor und gegen den Rechtsruck im Land zu deklarieren. Kabarettisten wie Manuel Rubey und Werner Brix fanden sich genauso ein wie Sänger Boris Bukowski und der Verfassungsjurist Heinz Mayer.

Eigentlich ist es unwichtig, wer der nächste Bundespräsident sein wird, Österreich hat sich schon verändert. Das Volk hat erkannt und zum ersten Mal machtvoll gezeigt, wer zu bestimmen hat, und diese Selbstbestimmung wird sich das Volk nicht mehr nehmen lassen.

# Chaos in Asylquartieren

Die Zahl der Polizeieinsätze in Kärntner Flüchtlingsquartieren nimmt rasant zu. Beinahe täglich müssen Beamte eingreifen, weil es in den Asylquartieren zu Streit, Raufereien und Morddrohungen unter den Asylbewerbern kommt.

Da bemühte man sich stets krampfhaft der einheimischen Bevölkerung zu erklären, daß da lauter edle, überdurchschnittlich gebildete, schutzbedürftige Flüchtlinge zu uns kommen und jetzt das! Nun heißt es „Verschiedene Menschen mit verschiedenen Interessen und Nationalitäten treffen in den Unterkünften aufeinander, da reiche oft ein Funke, um die Emotionen zum Explodieren zu bringen.“

Sollen wir das üble Spiel nun als gottgewollten Unfall verstehen und hinnehmen?

Die „Randalierer“ will man in andere Asylunterkünfte verlegen. Das ist aber keine Lösung, sondern verschiebt das Problem nur von einer Asylunterkunft zur nächsten.

Diese „Randalierer“ mißbrauchen das Asylrecht und gehören umgehend abgeschoben gemeinsam mit allen Wirtschaftsflüchtlingen.

## *Lindwurm wörthersee grün*

Nach dem „fundamentalen politischen Wechsel“ im Jahr 2013 beeilte sich Peter Kaiser (SPÖ) ein neues „Corporate Design“ in Kärnten einzuführen. Die „Agentur Fussi“ verrechnete seinerzeit für das Weglassen des Fürstensteins und die Verwendung eines modernen Schriftzugs 20.000 Euro netto.

Kaisers Parteigenossin, die Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz-Tschabuschnig will nun für Klagenfurt auch ein neues „Corporate Design“. Von der Visitenkarte bis zur Baustellenkennzeichnung soll alles gleich ausschauen. Fünf Agenturen hat sie eingeladen Angebote zu erstellen, „Smuck, Royer & Die Eins“ haben den Zuschlag bekommen. Und so soll das neue Logo ausschauen: Der Lindwurm vom alten Klagenfurter Logo wird übernommen, nur anstatt schwarz ist er jetzt wörthersee grün eingefärbt und na ja – eh schon wissen der Schriftzug - wird modernisiert, fertig. Gradso wie beim Land Kärnten auch, nur diesmal kostet es ein bißl mehr! 55.000.— Euro Steuergeld läßt die Frau Bürgermeisterin für den Spaß springen.

Rund drei Jahre müßte ein unselbständig Erwerbstätiger in Kärnten arbeiten, um mit seinem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 1.424 Euro (Quelle: Statistisches Handbuch des Landes Kärnten 2015) jene Summe zu verdienen.

Aber mit solch kleinlichen Überlegungen gibt sich die rote Elite nicht ab, im Gegenteil! Die Frau Bürgermeisterin sieht in der Ausgabe für das Logo „signifikante Einsparungspotenziale im sechsstelligen Bereich“.

Was so eine Sozialdemokratin halt unter sparen versteht!

## **DROGENSCHMUGGEL MIT LAIBACHBUS**

Reger Handel mit Drogen herrscht zwischen Slowenien und Kärnten.

Weil nun wegen des Asylantenstroms schärfere Grenzkontrollen durchgeführt werden, sind die Drogenschmuggler auf die öffentlichen Verkehrsmittel umgestiegen. Da das Liebkind vom GRÜNEN Verkehrsreferenten Landesrat Rolf Holub, die, mit 348.000 Euro Steuergeld subventionierte „Alpe-Adria-Line“, die täglich viermal, auch sonn- und feiertags von Klagenfurt nach Laibach und wieder zurückfährt, nur sehr spärlich ausgelastet – im Schnitt pro Fahrt 4,7 Personen - und sehr oft ohne Fahrgäste unterwegs ist, nutzen jetzt Drogenschmuggler die günstige Verkehrsverbindung.

Und so finanziert das Land Kärnten jetzt mit Steuergeld den Drogenschmuggel.

# Seltsame Verstrickungen

in Sachen Umwelt: Landesrat Holub (Grüne) ist in Personalunion auch Vorsitzender des Naturschutzbeirates. Der Beirat ist als Kollegium (Landesgesetz vom 28.4.2005, Nr. 63/2005) auch „Umweltanwalt“. Und so hat Landesrat Holub den Umweltanwalt Holub im Genick und dieser den Naturschutzbeiratsvorsitzenden Holub. Dieser Beirat ist es, der immer wieder auf Unverträglichkeitsprüfungs - Verfahren (UVP) pocht.

Ob er auch für alle drei Posten bezahlt wird?

## **In den Abgrund ?**

Die derzeit für Bildung zuständige Resortchefin, Gabriele Heinisch-Hosek, hat Ergebnisse eines Tests über die Deutschkenntnisse von Zehnjährigen vorgestellt. 70 Prozent der Volksschüler der vierten Klasse haben demnach Probleme beim Schreiben. Ein Drittel erreicht die Ziele in Deutsch nicht.

Heinisch-Hosek selbst sieht sich und das österreichische Bildungssystem auf einem, wie sich die Ministerin wörtlich ausdrückte, „*absolut richtigen Weg*“ – wohin, in den Abgrund?

Was hat die Frau vor? Sie setzt die Zukunft der Jugend aufs Spiel!

## **ZITAT**

Ambrosius: „Deine Absicht erst gibt deinem Werke seinen Namen.“

## **Das Geschäft mit den Asylbewerbern**

Mit unnützen Grundstücken und wertlosen Immobilien verdienen sich Grund- und Hauseigentümer dank Asylpolitik „goldene Nasen“.

Die Frau Ministerin Mikl-Leitner nannte in einer Anfragebeantwortung Zahlen:

So bringt z. B. die **ehemalige Baumaxhalle als „Bundesbetreuungseinrichtung Klagenfurt“** an Mietkosten € 36.000.— im Monat (der Mietvertrag gilt 5 Jahre!)

Für das **Verteilerzentrum Ossiach** (10 jähriger Kündigungsfrist!) zahlt das Ministerium € 17.950.— Miete im Monat.

In **Krumfelden bei Althofen** wurde um 331.434.— Euro ein Containerdorf errichtet und nun fallen monatliche Mieten (für Grundstück, Container, WC-Anlagen) in Höhe von 46.356,60 Euro an.

In **Villach wurde die Kowatsch-Halle** um 93.993.-- Euro adaptiert, das **Quartier Triglavstraße** um 79.443.-- Euro. Die Mieten betragen bis zu 14.311.— Euro.

Derzeit sind 5.448 Asylbewerber in Kärnten untergebracht. 1.404 mögliche Unterkünfte für Asylbewerber wurden bisher bereits angeboten, darunter einige Hotel- und Gastronomiebetriebe!

Wenn man sich vorstellt, daß allein in der Klagenfurter Innenstadt 40 Objekte in Bestlage – vor allem ehemalige Banken (Bank Austria, Hypo) und Kaufhäuser leer stehen und beim Flächenmanagement der Stadt gemeldet sind, fragt man sich, wie lange es dauern wird, bis man auch die als Asylquartiere nutzen wird.

---

## **DIE ZUR WAHRHEIT WANDERN, WANDERN ALLEIN.**

Christian Morgenstern

---

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: **PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT666000000075505994.**

**BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE**

## *Direkte Demokratie „Gefahr für Projekt Europa“*

Die Fraktionschefin der Grünen im EU-Parlament, Rebecca Harms, will nationale Abstimmungen über EU-Themen verbieten.

## ZITAT

Michael Klonovsky: „Daß rechtes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft eindringe, ist ein gewaltiges Ärgernis derer, die dort schon lange und unbehelligt ihr linkes Gedankengut verbreiten.“

## Experte warnt

Der britische Menschenrechts- und Gleichberechtigungsexperte Trevor Phillips warnt: „Die Schwierigkeiten dieser Einwanderung wurden völlig falsch eingeschätzt, die Muslime werden sich nicht anpassen! Die Anhänger des Islam bilden im Westen nun Nationen unter Nationen“. Die Umfrage „What British Muslims Really Think“ zeige, daß er bezüglich der Einwanderung von Muslimen „fast alles falsch eingeschätzt“ hatte.

Hier einige Ergebnisse der Studie:

23 Prozent der in Europa lebenden Muslime unterstützen eher die Einführung der Scharia als die Gesetze, die das Parlament beschließt.

52 Prozent der Muslime sind dafür, daß Homosexualität nicht legal sein sollte.

31 Prozent halten es für korrekt, daß der Mann das Recht hätte, mehr als eine Ehefrau zu haben.

39 Prozent der weiblichen und männlichen Muslime meinen, daß eine Frau ihrem Mann immer zu gehorchen hätte.

Die in Deutschland aufgewachsene bosnische Autorin Safeta Obhodjas meint, daß die Integrationsversuche scheitern könnten: „Die Muslime werden unter sich bleiben wollen. Die vorhandenen Ghettos werden größer und es werden neue entstehen.“ Und sie kritisiert auch die „Welcome Refugee“-Bewegung: „Die Multikulti-Leute wollen nur die netten Seiten der Migration zeigen.“

## *Am Rande notiert*

Das Finanzministerium kalkuliert pro Flüchtling mit Kosten von 10.724 Euro im Jahr. Zwei Drittel davon entfallen auf Unterkunft und Verpflegung, 1343 € sind für die Gesundheitsversorgung veranschlagt, 726 € für Sprachenausbildung. Eine kurze Milchmädchenrechnung: 10.000 Flüchtlinge kosten so rund 100 Millionen Euro, 90.000 (wie im Vorjahr) dann 900 Millionen Euro usw. usw. usw.

Wo soll denn das Geld dafür herkommen?

## *Keine Homo-Ehe in China*

In China hat ein Gericht die Klage eines schwulen Paares auf Zulassung der Homo-Ehe zurückgewiesen.

## STEUERGELDVERNICHTUNG

Der EU-Rechnungshof stellt fest: „304 Millionen Euro Steuergeld investierte Brüssel in Projekte zur Eindämmung der Zuwanderung aus Afrika oder Osteuropa. Fazit: Die EU-Gelder flossen ‚unkoordiniert‘ und oft ‚ergebnislos‘ etwa in eine Konditorei einer marokkanischen Frauen-Kooperative oder in das grandios gescheiterte Küstenüberwachungs-Projekt ‚Seahorse‘.“

„Dieses Totalversagen der EU-Asylpolitik hat natürlich wieder keine Konsequenzen. Es wurde erneut viel Geld der Steuerzahler vernichtet – und wieder will niemand verantwortlich sein.“ sagt die EU-Parlamentarierin Barbara Kappel (FPÖ).

Sie wollten,  
daß die Bäume  
keine Wurzeln mehr haben  
und machten die Sterne  
zu Spielbällen.  
Das Stirb und Werde  
war ihnen zu langweilig  
und der Regen zu feucht,  
der Geist  
sollte kontrolliert werden  
und das Schicksal  
in Karteiblättern erfaßt.

So verloren sie die Welt  
an ein paar Würfelspieler.

Konrad Windisch

## „GAGENKAISER“ DES LANDES

Der Kärntner Landesrechnungshof nahm die Dienstverhältnisse von 66 geschäftsführenden Leitungsorganen in 52 Unternehmen, an welchen Land oder Landesholding zu mindestens 25 Prozent beteiligt sind, sowie Rechtsträger des Landes unter die Lupe.

In Summe erhielten alle Leitungsorgane im Jahr 2014 ein Gesamtgehalt von 4,89 Millionen Euro. Im Schnitt erhielt jedes geschäftsführende Organ ein Gehalt von 128.773 Euro.

## ZITAT

Henry Kissinger: „Wir beobachten in Europa ein sehr seltenes historisches Ereignis: Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie statt dessen. Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht gegeben.“

## US-Hedgefonds auf Hypo-Shopping-Tour

Sie treiben ein mieses Spiel mit Kärnten.

Der weltgrößte Vermögensverwalter, **Blackrock** – 12.200 Mitarbeiter, 240 Milliarden Dollar Umsatz - soll jüngst Hypo-Anleihen um 100 Millionen aufgekauft haben und bereits über ein Milliarden Depot verfügen. Blackrock ist an der **Ratingagentur Moody's** beteiligt, und diese hat Kärnten auf Ramschniveau herabgestuft, was auch den Wert der Hypo-Anleihen gesenkt und so Blackrock besonders günstige Konditionen beschert hat. Viele Gläubiger zocken mit den Hypo-Papieren. Der Fonds **PIMCO** etwa ist laut **Wirtschaftsagentur Bloomberg** erst 2014 (!) eingestiegen – als längst klar war, daß die Hypo pleite ist und Kärnten die Milliardenhaftungen nicht packen kann. Man spekulierte offensichtlich darauf, daß Österreich schon zahlen wird.

Ob Kärnten pleite geht oder nicht ist denen vollkommen egal, Hauptsache, die Investoren sehen Geld.

Der nächste Schritt in die „schöne neue Welt“ soll die Abschaffung des Bargelds sein. In der dringend angestrebten, künstlich bargeldlosen Welt hätten Staaten, Finanzinstitutionen und Zentralbanken ungehindert Zugriff auf die Konten aller Steuerzahler. Sie könnten jederzeit Zwangsabgaben zur Finanzierung von Schuldenstaaten und Pleite-Banken einheben, ohne daß sich die Bürger dagegen wehren können.

Wie sich all das mit der österreichischen Verfassung vereinbaren läßt, wo es heißt: „Unter Freiheit verstehen wir die Unabhängigkeit der Einzelperson von jedem ungerechten Zwang“, werden die teuren Machthaber erklären müssen. Auch, warum sich das Bundesministerium für Finanzen nicht um die Einhaltung der Währungs- und Devisengesetzgebung kümmert.

## *Direkte Demokratie „Gefahr für Projekt Europa“*

Die Fraktionschefin der Grünen im EU-Parlament, Rebecca Harms, will nationale Abstimmungen über EU-Themen verbieten.

## ZITAT

Michael Klonovsky: „Daß rechtes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft eindringe, ist ein gewaltiges Ärgernis derer, die dort schon lange und unbehelligt ihr linkes Gedankengut verbreiten.“

## Experte warnt

Der britische Menschenrechts- und Gleichberechtigungsexperte Trevor Phillips warnt: „Die Schwierigkeiten dieser Einwanderung wurden völlig falsch eingeschätzt, die Muslime werden sich nicht anpassen! Die Anhänger des Islam bilden im Westen nun Nationen unter Nationen“. Die Umfrage „What British Muslims Really Think“ zeige, daß er bezüglich der Einwanderung von Muslimen „fast alles falsch eingeschätzt“ hatte.

Hier einige Ergebnisse der Studie:

23 Prozent der in Europa lebenden Muslime unterstützen eher die Einführung der Scharia als die Gesetze, die das Parlament beschließt.

52 Prozent der Muslime sind dafür, daß Homosexualität nicht legal sein sollte.

31 Prozent halten es für korrekt, daß der Mann das Recht hätte, mehr als eine Ehefrau zu haben.

39 Prozent der weiblichen und männlichen Muslime meinen, daß eine Frau ihrem Mann immer zu gehorchen hätte.

Die in Deutschland aufgewachsene bosnische Autorin Safeta Obhodjas meint, daß die Integrationsversuche scheitern könnten: „Die Muslime werden unter sich bleiben wollen. Die vorhandenen Ghettos werden größer und es werden neue entstehen.“ Und sie kritisiert auch die „Welcome Refugee“-Bewegung: „Die Multikulti-Leute wollen nur die netten Seiten der Migration zeigen.“

## *Am Rande notiert*

Das Finanzministerium kalkuliert pro Flüchtling mit Kosten von 10.724 Euro im Jahr. Zwei Drittel davon entfallen auf Unterkunft und Verpflegung, 1343 € sind für die Gesundheitsversorgung veranschlagt, 726 € für Sprachenausbildung. Eine kurze Milchmädchenrechnung: 10.000 Flüchtlinge kosten so rund 100 Millionen Euro, 90.000 (wie im Vorjahr) dann 900 Millionen Euro usw. usw. usw.

Wo soll denn das Geld dafür herkommen?

## *Keine Homo-Ehe in China*

In China hat ein Gericht die Klage eines schwulen Paares auf Zulassung der Homo-Ehe zurückgewiesen.

## STEUERGELDVERNICHTUNG

Der EU-Rechnungshof stellt fest: „304 Millionen Euro Steuergeld investierte Brüssel in Projekte zur Eindämmung der Zuwanderung aus Afrika oder Osteuropa. Fazit: Die EU-Gelder flossen ‚unkoordiniert‘ und oft ‚ergebnislos‘ etwa in eine Konditorei einer marokkanischen Frauen-Kooperative oder in das grandios gescheiterte Küstenüberwachungs-Projekt ‚Seahorse‘.“

„Dieses Totalversagen der EU-Asylpolitik hat natürlich wieder keine Konsequenzen. Es wurde erneut viel Geld der Steuerzahler vernichtet – und wieder will niemand verantwortlich sein.“ sagt die EU-Parlamentarierin Barbara Kappel (FPÖ).

Sie wollten,  
daß die Bäume  
keine Wurzeln mehr haben  
und machten die Sterne  
zu Spielbällen.  
Das Stirb und Werde  
war ihnen zu langweilig  
und der Regen zu feucht,  
der Geist  
sollte kontrolliert werden  
und das Schicksal  
in Karteiblättern erfaßt.

So verloren sie die Welt  
an ein paar Würfelspieler.

Konrad Windisch

## „GAGENKAISER“ DES LANDES

Der Kärntner Landesrechnungshof nahm die Dienstverhältnisse von 66 geschäftsführenden Leitungsorganen in 52 Unternehmen, an welchen Land oder Landesholding zu mindestens 25 Prozent beteiligt sind, sowie Rechtsträger des Landes unter die Lupe.

In Summe erhielten alle Leitungsorgane im Jahr 2014 ein Gesamtgehalt von 4,89 Millionen Euro. Im Schnitt erhielt jedes geschäftsführende Organ ein Gehalt von 128.773 Euro.

## ZITAT

Henry Kissinger: „Wir beobachten in Europa ein sehr seltenes historisches Ereignis: Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie statt dessen. Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht gegeben.“

## US-Hedgefonds auf Hypo-Shopping-Tour

Sie treiben ein mieses Spiel mit Kärnten.

Der weltgrößte Vermögensverwalter, **Blackrock** – 12.200 Mitarbeiter, 240 Milliarden Dollar Umsatz - soll jüngst Hypo-Anleihen um 100 Millionen aufgekauft haben und bereits über ein Milliarden Depot verfügen. Blackrock ist an der **Ratingagentur Moody's** beteiligt, und diese hat Kärnten auf Ramschniveau herabgestuft, was auch den Wert der Hypo-Anleihen gesenkt und so Blackrock besonders günstige Konditionen beschert hat. Viele Gläubiger zocken mit den Hypo-Papieren. Der Fonds **PIMCO** etwa ist laut **Wirtschaftsagentur Bloomberg** erst 2014 (!) eingestiegen – als längst klar war, daß die Hypo pleite ist und Kärnten die Milliardenhaftungen nicht packen kann. Man spekulierte offensichtlich darauf, daß Österreich schon zahlen wird.

Ob Kärnten pleite geht oder nicht ist denen vollkommen egal, Hauptsache, die Investoren sehen Geld.

Der nächste Schritt in die „schöne neue Welt“ soll die Abschaffung des Bargelds sein. In der dringend angestrebten, künstlich bargeldlosen Welt hätten Staaten, Finanzinstitutionen und Zentralbanken ungehindert Zugriff auf die Konten aller Steuerzahler. Sie könnten jederzeit Zwangsabgaben zur Finanzierung von Schuldenstaaten und Pleite-Banken einheben, ohne daß sich die Bürger dagegen wehren können.

Wie sich all das mit der österreichischen Verfassung vereinbaren läßt, wo es heißt: „Unter Freiheit verstehen wir die Unabhängigkeit der Einzelperson von jedem ungerechten Zwang“, werden die teuren Machthaber erklären müssen. Auch, warum sich das Bundesministerium für Finanzen nicht um die Einhaltung der Währungs- und Devisengesetzgebung kümmert.